



Severin Cramm

DGB, IBFG und die Anfänge der europäischen Integration 1949-1958

Severin Cramm

DGB, IBFG und die Anfänge der europäischen Integration 1949–1958

**Die Europapolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften
in den Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft
für Kohle und Stahl und zu den Römischen Verträgen**

Vandenhoeck & Ruprecht

ISBN 978-3-525-30276-7

ISBN 978-3-647-30276-8 (PDF)

ISBN 978-3-666-30276-3 (eLibrary)

DOI: <https://doi.org/10.13109/9783666302763>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Vandenhoeck & Ruprecht und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill.
www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Einbandabbildung: Die deutsche Delegation zu den Verhandlungen um den Schumanplan.
V.l.n.r.: Hans vom Hoff (DGB), Walter Hallstein (Delegationsleiter), Herbert Blankenhorn (Ministerialdirigent), Hans Boden (AEG). In: *Welt der Arbeit* vom 30.6.1950, S. 1.

Einbandgestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Satz: textformart, Daniela Weiland, Göttingen

Druck: Elanders Waiblingen, Waiblingen

Dankesworte

Die Umsetzung dieser Arbeit wäre ohne die Hilfe diverser Wegbegleiter, Bekannter und Freunde nicht möglich gewesen, denen mein großer Dank gebührt:

Sehr geprägt hat mich die forschungszentrierte Arbeit des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim. Schon als Student nahm ich an der Ringvorlesung Europagespräche und den zugehörigen Zeitzeugengesprächen teil. Mein Interesse an moderner Geschichtsforschung wurde hier geweckt und auch diese Arbeit entsprang einem Vortrag von Charles Barthel in dieser Reihe 2007. Initiator und Organisator der Reihe war mein Doktorvater und Erstbetreuer Prof. Dr. Michael Gehler. Er prägte mich durch seine Lehrveranstaltungen, lehrte mich kritische Wissenschaft und betreute mich auch als Doktorvater durch ehrliche Rückmeldungen vorbildhaft. Auch meinem Zweitbetreuer Herrn Prof. Dr. Jürgen Mittag danke ich für unseren wissenschaftlichen Diskurs und seine Forschungen zur gewerkschaftlichen Europapolitik.

Meine Heimat hatte ich durchgehend am Institut für Geschichte, in dem ich meinen Kollegen Dr. Andreas Pudlat, Dr. Philipp Strobl, Dr. Sanne Ziethen, Dr. Andrea Germer und Jonas Kaiser danken will. Sie diskutierten mit mir wissenschaftliche Thesen höchst angeregt und hielten mir stets den Rücken frei. Zu danken ist auch Eva Löw, der guten Seele des Instituts, bei der ich immer ein offenes Ohr fand. Für die finanzielle und ideelle Unterstützung sei der Friedrich-Ebert-Stiftung gedankt, die mir durch ein Promotionsstipendium im Programm Erforschung der Sozialen Demokratie(n) und ihrer Bewegungen finanzielle Sorgen ausräumte und den Austausch mit fantastischen Mitstipendiaten ermöglichte. In Fachkolloquien und -tagungen konnte ich zudem mit den exzellenten Forschern Dr. Florian Greiner, Dr. Brian Shaev, Prof. Dr. Sylvain Schirmann, Prof. Dr. Stefan Berger, Dr. Rainer Fattmann und Dr. Knud Andresen Thesen meiner Arbeit diskutieren. Auch die Archivare Klaus Mertsching und Hubert Woltering gaben mir wichtige Impulse. Zu danken ist darüber hinaus meinen Freunden und Kommilitonen vom Stammtisch und aus einer anderen Welt, die mich unterstützten, wenn sie es konnten und mich ablenkten, wenn ich es brauchte. Auch Jennifer Biel und Marina Hoppe sei für ihre Hilfe bei Recherche und Korrektur gedankt.

Bedanken möchte ich mich vor allem aber bei meiner Familie Martina, Alfred und Rascal Cramm und meiner Frau Sarah Cramm. Sie halfen mir beim Überarbeiten, feierten mit mir Erfolge und bauten mich mit unerschütterlicher Zuversicht auf. Ich widme diese Arbeit in Liebe und Dankbarkeit dieser großartigen Familie, ohne die ich nicht der geworden wäre, der ich nun bin.

Hildesheim, d. 13.12.2025

Severin Cramm

Inhalt

Dankesworte	5
1. Einleitung	11
1.1 Motivation und Relevanz des Themas	11
1.2 Fragestellungen	16
1.3 Eingrenzung und Reduktion	20
1.4 Aufbau	22
1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik	26
1.5.1 Disziplinäre Verortung	26
1.5.2 Methodische Bemerkungen	34
1.5.3 Möglichkeiten und Grenzen der Netzwerkanalyse	42
1.6 Forschungsstand und Quellenbestände	45
1.6.1 Historiographie	45
1.6.2 Archivarische Bestände, Quelleneditionen und Selbstzeugnisse	59
2. Thematische Hinführung	69
2.1 Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	70
2.1.1 Europaidee und deutsche Gewerkschaften vor dem Zweiten Weltkrieg	70
2.1.2 Gewerkschaftliche Situation in den Besatzungszonen	79
2.1.3 Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes	104
2.1.4 Frühes Engagement in europapolitischen Initiativen	111
2.2 Aufbau des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG)	121
2.2.1 Internationale Organisation der Gewerkschaftsbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg	122
2.2.2 Gründung und erste Jahre des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) ...	130
2.2.3 Abspaltung und Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften	137
2.2.4 Aufbau der europäischen Regionalorganisation (ERO)	140
2.2.5 Internationaler Bund christlicher Gewerkschaften (IBCG) und Internationale Berufssekretariate (IBS)	145

3. Deutscher Gewerkschaftsbund und Internationaler Bund Freier Gewerkschaften und die Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	149
3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen	149
3.1.1 Weltpolitische Situation	149
3.1.2 Wirtschaftliche Voraussetzungen	153
3.1.3 Wettbewerbsrecht und Ruhrfrage	159
3.1.4 Monnet-Plan	184
3.1.5 Autonomie des Saarlandes	186
3.1.6 Kurze Vorstellung gewerkschaftlicher Akteure	191
3.2 Verhandlungen	211
3.2.1 Präsentation des Schuman-Plans	211
3.2.2 Beginn der Verhandlungen zu grundsätzlichen Fragen	244
3.2.3 Arbeit in Arbeitsgruppen	246
3.2.4 Detailfragen und stärkere Einbeziehung des IBFG	254
3.2.5 Grundlegende Auseinandersetzungen um DKBL und DKV	261
3.2.6 Montanmitbestimmungsgesetz und Eigentumsfrage	280
3.2.7 Ratifizierung des Vertrags	283
3.3 Folgen und Auswirkungen	298
3.3.1 Gewerkschaftliche Forderungen	298
3.3.2 Folgen des EGKS-Vertrags	308
3.3.3 Deutsche Wehrdebatte und Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	330
3.3.4 Verleumdung und Abwahl	364
4. Deutscher Gewerkschaftsbund und Internationaler Bund Freier Gewerkschaften und die Verhandlungen zu den Römischen Verträgen	385
4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen	385
4.1.1 Weltpolitische Situation	385
4.1.2 Gescheiterte europäische Projekte	392
4.1.3 Wirtschaftliche, handelspolitische und sozialpolitische Voraussetzungen	399
4.1.4 Entwicklungen in der europäischen Gewerkschaftsbewegung	420
4.1.5 Wettbewerbspolitik	429
4.1.6 Kernenergie	434
4.1.7 Kurze Vorstellung gewerkschaftlicher Akteure	438
4.2 Verhandlungen	448
4.2.1 Vorgeschichte von Messina	448
4.2.2 Messina-Konferenz	451
4.2.3 Arbeiten des Spaak-Ausschusses	456
4.2.4 Regierungsverhandlungen	504

4.2.5	Unterschrift	554
4.2.6	Ratifizierung	561
4.2.7	Inkrafttreten	587
4.3	Folgen und Auswirkungen	597
4.3.1	Nachspiel der Verhandlungen	597
4.3.2	Folgen der Römischen Verträge	613
4.3.3	Gewerkschaftliche Forderungen	621
4.3.4	Große Freihandelszone, EFTA und Hallstein-Plan	641
5.	Ausblick und weitere Entwicklung	671
5.1	Mitarbeit ohne klaren Fortschritt	673
5.2	Umbau und neue Perspektiven	675
5.3	Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes	678
5.4	Jacques Delors und sozialer Dialog	680
5.5	Umbruchszeit und Wirtschafts- und Währungsunion	681
5.6	Stärkere Kritik, aber Unterstützung	683
5.7	Aktuelle gewerkschaftliche Europapolitik	686
6.	Schlussteil	689
6.1	Folgerungen	690
6.1.1	Vertragsverhandlungen zur EGKS	690
6.1.2	Vertragsverhandlungen über die Römischen Verträge	697
6.1.3	Historischer Vergleich	708
6.2	Erklärungen und Überlegungen	715
6.2.1	Klassische Vergleichskritik	715
6.2.2	Personen und Ansätze einer Netzwerkanalyse	719
6.2.3	Beziehung zur Parteienpolitik	737
6.2.4	Aufgaben der Gewerkschaften in der Europapolitik	744
6.2.5	Fehleinschätzungen des ERO und Walter Schevenels'	749
6.2.6	Institutionelle Folgen	753
6.2.7	Inhaltlich ausdifferenzierte Europapolitik	755
6.2.8	Aspekte zu zentralen Spezialfragen	771
6.3	Thesen zum Forschungsstand und ihre Erweiterung	787
6.3.1	Stützung der Westbindung als Tauschgeschäft	787
6.3.2	Gewerkschaftliche Europapolitik und Wehrdebatte	789
6.3.3	Prioritäten und Konflikte der gewerkschaftlichen Europapolitik	792
6.3.4	Gewerkschaftliche Europapolitik als „Defensive Integration“?	795

6.4 Forschungsperspektiven	801
6.4.1 Die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren im Integrationsprozess	801
6.4.2 Der Blick über die europäische Integration hinaus	804
6.4.3 Zeitliche Ausdehnung	806
6.4.4 Methodische Erweiterung	807
6.4.5 Moderne Gewerkschaftsgeschichte	810
6.5 Conclusio	812
7. Verzeichnisse	815
7.1 Quellenverzeichnis	816
7.1.1 Die Quellenedition Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert und daraus entnommene Quellen	816
7.1.2 Andere Quelleneditionen und daraus entnommene edierte Quellen	820
7.1.3 Internet-Quelleneditionen und daraus genutzte Quellen bzw. aus dem Internet übernommene Quellen	822
7.1.4 Zeitgenössische Veröffentlichungen	830
7.1.5 Selbstzeugnisse	839
7.1.6 Unedierte Quellen	840
7.1.7 Anderweitig übernommene, zitierte oder angeführte Quellen	865
7.2 Darstellungsverzeichnis	871
7.2.1 Monographien	871
7.2.2 Sammelbände und daraus verwendete Aufsätze	890
7.2.3 Aktuelle oder darstellende Zeitungsartikel	905
7.2.4 Zeitschriftenaufsätze	906
7.2.5 Genutzte Internet-Domains und dortige Internetdarstellungen	913
7.2.6 Lexika, Nachschlagewerke und daraus entnommene Beiträge	921
7.3 Namensverzeichnis	922
7.4 Abkürzungsverzeichnis	944
7.5 Glossar	954
7.6 Abbildungs-, Tabellen- und Diagrammverzeichnis	968

1. Einleitung

1.1 Motivation und Relevanz des Themas

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wurde 1949 als Einheitsgewerkschaft aller westdeutschen Einzelgewerkschaften gegründet und machte schon dabei mit der Schaffung einer Hauptabteilung Ausland klar, dass er sich auch als außenpolitische Instanz verstand. Auf internationaler Ebene schloss er sich dem im gleichen Jahr gegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) an, der bereits in internationalen Organisationen als Vertreter der freien Arbeitnehmerschaft anwesend war.

In diesem historischen Verlauf sollen im Zuge der Arbeit die Ziele des DGB¹ selbst und die Ziele des DGB als Vertretung innerhalb des IBFG in Bezug auf die Verhandlungen zur Montanunion und zu den Römischen Verträgen untersucht werden. Die vorliegende Arbeit befasst sich somit mit der Schnittmenge zwischen der europäischen Integrationsgeschichte und der nationalen als auch internationalen Gewerkschaftsgeschichte.² Sie behandelt damit einen Bereich, der von der Forschung lange Zeit entweder ausgeblendet oder verzerrt dargestellt wurde.³ Dabei bietet dieses Feld auf der Grundlage moderner, disziplinübergreifender methodischer Vorgehensweisen⁴ Einblicke und neue Perspektiven auf beide Themenkomplexe.

So ist die gewerkschaftliche Außenpolitik vor allem deshalb besonders spannend, weil sie sich in einem Spannungsverhältnis zwischen historisch gewachsener Doktrin und realpolitischer Interessensvertretung abspielen muss. Seit dem ideologischen Beginn der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und besonders seit der gefestigten Institutionalisierung hat sich die organisierte Arbeiterschaft dem Prinzip der Internationalität und grenzübergreifenden Solidarität verpflichtet. Anfangs war es die Theorie des Klassenkampfes,⁵ später das Wunschbild der Völkerverständigung, die beide aus sich heraus grenz- und nationenübergreifend angelegt sind. Im Gegensatz dazu mussten die deutschen Gewerkschaften in der europäischen Einigung, besonders jedoch in Bezug auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und die Römischen Verträge⁶ die Interessen der deutschen

1 In der Arbeit werden Abkürzungen nur bei der ersten Nennung voll ausgeschreiben und in der Folge in der abgekürzten Form verwendet. Unter 7.4 Abkürzungsverzeichnis findet sich eine Liste der verwendeten Abkürzungen mit den ausgeschriebenen Bedeutungen. Zu Gestaltung und Format der Fußnoten siehe auch: 7. Verzeichnisse.

2 Siehe die Ausführungen zur disziplinären Verortung in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

3 Siehe die Ausführungen zur Historiographie in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

4 Siehe dazu vor allem die Ausführungen zur Inter- und Crossdisziplinarität in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

5 Der Begriff „Klassenkampf“ bezeichnet die wahrgenommene Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Klassen um Macht nach kommunistischer Gesellschaftsauslegung. Zur genaueren Begriffserklärung siehe 7.5 Glossar.

6 Als Römische Verträge werden verkürzt der EWG-Vertrag, der EURATOM-Vertrag und das Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften bezeichnet, die am 25.3.1957 in Rom unterzeichnet wurden. Siehe: Vertrag zur Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Rom, den

Arbeiter in klaren Sachfragen vertreten, sodass die Ideale der Bewegung teilweise gegen nationale Interessen standen. Zu untersuchen, wie sich der DGB als deutsche Dachorganisation der Einzelgewerkschaften und seine Vertreter im IBFG in diesem Spannungsverhältnis verhielten, bildet das Rückgrat dieser Studie.

Ein weiterer Vorteil des Themas liegt in den umfangreichen und überwiegend hervorragend katalogisierten Archivbeständen zur Europapolitik des DGB und zur generellen gewerkschaftlichen Einflussnahme auf den Integrationsprozess.⁷ Die Relevanz der gewerkschaftlichen Europapolitik der frühen Projekte wurde offenbar von den entscheidenden Archivaren früh genug erkannt, sodass viele Quellen zu dieser Thematik erhalten sind. Teilweise sind diese auch in Quelleneditionen, meist jedoch aus nationaler Perspektive, bereits veröffentlicht worden.⁸

Obwohl die Archivbestände umfangreich sind, wurde die Europapolitik der Gewerkschaften in der geschichtswissenschaftlichen Forschung bisher über weite Strecken nicht berücksichtigt oder falsch eingeordnet. Zwar wurde etwa die Rolle des DGB in den Verhandlungen zur Montanunion in den zeitgenössischen publizistischen und auch wissenschaftlichen Veröffentlichungen der 1950er und 1960er Jahre durchaus beachtet, die Forschung der kommenden Jahre vernachlässigte diesen Zugang jedoch größtenteils oder spielte die Bedeutung der Gewerkschaften herunter.⁹ Erst die Forschung der letzten 20 Jahre hat sich dem Bereich wieder vermehrt zugewandt und erforscht die Europapolitik deutscher und internationaler Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände sowie ihrer Unterorganisationen.¹⁰

25. März 1957, bezogen von: eur-lex Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union), bezogen am: 10.05.2024, Link: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957E/TXT> [162]; Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), bezogen von: eur-lex Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union), bezogen am: 10.05.2024, Link: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/treaty-establishing-the-european-atomic-energy-community-euratom.html> [163]; Abkommen über gemeinsame Organe für die europäischen Gemeinschaften, bezogen von: eur-lex Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union), bezogen am: 10.05.2024, Link: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957K/TXT> [164]. Als Zitationsregeln werden die Zitationsregeln des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim angewendet. Tiefergehende Ausführungen zu diesen und zu den geringfügigen Ausnahmen von diesen Regeln finden sich unter 7. Verzeichnisse.

7 Siehe die Ausführungen zu den archivarisichen Beständen in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

8 Siehe die Ausführungen zu den archivarisichen Beständen in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

9 Zu den zeitgenössischen Forschungen wären etwa Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950–1957*, Stanford 1958 [1036] und R. Colin Beever, *European Unity and the Trade Union Movements*, Leyden 1960 [917] zu nennen. Bei den späteren Neudeutungen, die den Gewerkschaften kaum Handlungsmacht zuschrieben, wäre besonders die Veröffentlichung von Lutz Niethammer zu nennen: Lutz Niethammer, *Defensive Integration – Der Weg zum EGB und die Perspektive einer westeuropäischen Einheitsgewerkschaft*, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), *Gewerkschaftliche Politik. Reform aus Solidarität – zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter*, Köln 1977, S. 567–596 [1299] zu nennen. Ausführlicher dazu siehe die Ausführungen zum Forschungsstand in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände und die Erklärung dieser Debatte in 6.3 Thesen zum Forschungsstand und ihre Erweiterung.

10 Zu nennen sind etwa Yves Clairmont, *Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotentiale des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes bis 1990*, Stuttgart 2014 [966] oder Rainer Fattmann, *Für ein soziales Europa. Der Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbereich in der europäischen Gewerkschaftspolitik seit der Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Münster 2013 [999]. Siehe dazu auch die Ausführungen zur Historiographie in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

Die vorliegende Arbeit bildet damit einen weiteren Baustein in dieser wissenschaftlichen Wiederentdeckung und Debatte und ordnet diese auf Basis von Originalquellen ein.

Im Gegensatz zur Gewerkschaftsgeschichte mangelt es der europäischen Integrationsgeschichte nicht an wissenschaftlicher Beachtung, was vermutlich gerade an der aktuellen politischen Brisanz, der Außergewöhnlichkeit supranationaler Organisation und dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung in Politik und Öffentlichkeit liegt. Aktuelle politische Entwicklungen wie die Debatte zum BREXIT-Votum,¹¹ das vermehrte Auftreten von politischem Populismus und Extremismus,¹² die (zumindest so wahrgenommenen) steigenden Migrationsströme,¹³ Klimawandel,¹⁴ wirtschaftliche, politische und kommunikative Globalisierung,¹⁵ internationaler Terrorismus¹⁶ und instabilere internationale Beziehungen etwa durch die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen¹⁷ lassen sich offenbar nicht mehr national beantworten. Das beste Beispiel dafür bietet auch die Corona-Krise seit 2020, die grenzübergreifende Kooperation nicht nur nahelegt, sondern geradezu zwingend erfordert.¹⁸ Entsprechend relevant ist eine Er-

11 Mit dem Schlagwort Brexit wird das großbritannische Referendum 2016 zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bezeichnet, bei dem sich eine knappe Mehrheit für den Austritt aussprach, sowie der darauffolgende Austrittsprozess Großbritanniens. Siehe 7.5 Glossar.

12 Als Beispiele sind die jüngsten Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) in Deutschland, der Front National in Frankreich, der polnischen Prawo i Sprawliwość oder der italienischen Lega Nord anzuführen. Aufgrund der Ausrichtung der Arbeit wird das Thema des politischen Populismus an dieser Stelle nicht weiter vertieft. Zur weiteren Information bietet sich an: Winfried Brömmel/Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven*, Bielefeld 2017 [1302]; Richard Faber/Frank Unger (Hrsg.), *Populismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2008 [1346].

13 Gemeint sind vor allem die Flüchtlinge aus den Krisengebieten in Syrien, dem Irak, Nigeria und Afghanistan, um dessen Migrationsbewegungen sich seit 2015 in Europa stärkere Diskussionen zur Asyl- und Migrationspolitik entwickelt haben.

14 Der Begriff Klimawandel steht hier für anthropogene Veränderung des Klimas auf der Erde, die auf den Ausstoß von Treibhausgasen zurückzuführen ist, sowie deren Folgen für Gesellschaft und Politik durch Phänomene wie Land- und Ressourcenkriege und Umweltflucht.

15 Auch wenn der in der aktuellen politischen Debatte verwendete Begriff Globalisierung in der Form eigentlich unzureichend ist, weil globale Phänomene und Vernetzung schon immer in der Geschichte zu bemerken sind, ist hiermit vor allem die wirtschaftliche, politische, kulturelle und kommunikative Vernetzung der Welt seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemeint, die durch globale Arbeitsteilung, Fortschritte in Verkehr und Kommunikation und den Aufbau supranationaler und überstaatlicher Organisationen geprägt ist.

16 Mit internationalem Terrorismus ist die globale Bedrohung durch rechten, linken und religiösen Terrorismus gemeint und die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die internationale Politik. Hier sind vor allem die Anschläge der islamistischen Terrororganisation al-Qaida auf das World Trade Center am 11.9.2001 und die Anschläge der terroristischen Vereinigung Islamischer Staat am 13.11.2015 in Paris zu nennen. Inbegriffen ist aber auch die weltweite Vernetzung von Rechts- und Linksterrorismus, die zwar zuvor schon bestand, seit diesen Ereignissen jedoch mehr in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

17 Gemeint ist die Verschlechterung der transatlantischen politischen und damit verbunden wirtschaftlichen bzw. handelspolitischen Beziehungen durch die US-amerikanische Präsidentschaft Donald J. Trumps von 2017 bis 2021.

18 Die weltweite Verbreitung des Virus COVID-19 seit dem Winter 2019 als grenzübergreifendes Phänomen hat weitreichende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Folgen gehabt. Folgen für die internationale und insbesondere europäische Kooperation sind vielfältig und grundlegend.

forschung der Ursprünge der Europäischen Union und der Interessensgruppen, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben.¹⁹

Der gewählte Zeitraum von 1949 bis 1958 bietet sich deshalb zur Betrachtung an, da erstens in diesem Zeitraum diverse Integrationsinitiativen begannen, die in der Entstehung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) mündeten, der aber auch gescheiterte Projekte wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) oder den Green Pool umfasste. In diesem Zeitraum waren zudem eine Vielzahl proeuropäischer Initiativen an der politischen Neugestaltung des Kontinents beteiligt, die sich gerade in der Nachkriegszeit besondere Bedeutung zusichern konnten. Die 1950er Jahre bieten darüber hinaus einen besonders gut geeigneten Zeitraum zur Untersuchung internationaler Beziehungen. Zwar lassen sich viele Kontinuitäten für die Zeit vor 1945 feststellen, etwa in den Handelsbeziehungen oder klassischen Bündnissystemen in den internationalen Beziehungen, aber der weitreichende Austausch der politischen Elite in Deutschland,²⁰ die neue Bedrohung durch den aufkommenden Kalten Krieg²¹ und die besondere wirtschaftliche Situation des europäischen Wiederaufbaus²² bedeuteten ein Umdenken auf vielen Gebieten. Zudem bot die Zeit im Gegensatz zur heutigen – zumindest in der sog. westlichen Welt – meist durch multilaterale Verträge und internationale Organisationen geregelten Weltpolitik eine gewisse Freiheit, die innovative Konzepte zur Wirtschaftsordnung,²³ zur zwischenstaatlichen Verständigung und zur Handelspolitik ermöglichten. Daher bietet sich der Zeitrahmen für diese Arbeit auch durch die Fülle von Ideen und Konzepten zur Neuordnung und vor allem deren

19 Siehe die Ausführungen zu Handlungsrahmen und Reichweite der Arbeit in disziplinärer Hinsicht in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

20 Auch wenn wir mittlerweile wissen, dass die personellen Kontinuitäten in Verwaltung, Justiz und Regierung viel weitreichender waren als ursprünglich bekannt, so lässt sich dennoch feststellen, dass sich beide deutschen Staaten bei ihrer Gründung von der nationalsozialistischen Politik distanzieren und zumindest gegenüber der Öffentlichkeit ein politischer Neubeginn vermittelt wurde. Siehe zu dieser Thematik auch: Werner Abelshauser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 22 f. [893].

21 Mit dem Begriff ‚Kalter Krieg‘ bezeichnet man die gesamte Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen spätestens seit der Verkündung der Truman-Doktrin 1947. Zur genaueren Begriffserklärung siehe 7.5 Glossar.

22 Während die ostdeutsche Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Reparationszahlungen und den Demontagen von Betrieben zu leiden hatte, blühte die westdeutsche Wirtschaft in den 1950er und 1960er Jahren, wie in vielen anderen westlichen Staaten auf. Welche Rolle die amerikanischen Wirtschaftshilfen durch den Marshallplan spielten, ist in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung umstritten. Siehe dazu genauer die Ausführungen zur wirtschaftlichen Situation in Westeuropa in 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen und 4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen. Näher dazu etwa die ältere, aber nach wie vor lesenswerte Dissertation von Werner Abelshauser: *Die langen Fünfzig Jahre: Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966*, Düsseldorf 1987 [895].

23 Siehe dazu etwa die Auseinandersetzungen zur westdeutschen Wirtschaftspolitik, in denen Forderungen nach einem liberalen Ansatz, einem Ansatz nach amerikanischem Vorbild, ordo-liberale Strömungen und Sozialisierung der Grundindustrien kontrovers von Parteien und Verbänden diskutiert wurden. So hatte selbst die CDU in dem Ahlener Programm noch den Wiederaufbau und die Sozialisierung von Grundindustrien und eine Abkehr vom kapitalistischen Machtstreben gefordert. Siehe dazu näher die Ausführungen zur gewerkschaftlichen Theorie einer Wirtschaftsdemokratie in 2. Thematische Hinführung und 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen.

potenzielle Durchführbarkeit ebenfalls an, da er einen vielschichtigen und breiten Zugang zur Rolle nichtstaatlicher Akteure in den Internationalen Beziehungen ermöglicht.

Eben die besondere Rolle der Gewerkschaften und weiterer nichtstaatlicher politischer, sozialer und ökonomischer Kräfte im europäischen Einigungsprozess waren Argumente, die Ernst B. Haas in seiner Veröffentlichung 1958 anführte, um in Abgrenzung zur politischen Theorie des Realismus die Theorie des Funktionalismus als Neofunktionalismus neu zu beleben und speziell auf Integrationsprozesse auszurichten. Er baute darin auf dem Konzept auf, dass auch diese Kräfte im Internationalen System Entscheidungen und Vorgänge beeinflussen und als Akteure zu berücksichtigen seien. Die Theorie und insbesondere die darin beschriebenen spill-over-Effekte²⁴ belebten den politikwissenschaftlichen Diskurs lange Zeit.²⁵ Dies beweist zusätzlich die Relevanz einer historischen Beachtung dieser nicht-staatlichen Akteure im Integrationsprozess.

Letztlich bleibt noch festzustellen, dass die Thematik auch deshalb besonders bedeutsam ist, weil sie drei grundlegende und in der aktuellen Diskussion immer wieder kritisierte vermeintliche Fehler der Europäischen Union aufgreift. Erstens ist dies der Vorwurf, es existiere keine europäische Zivilgesellschaft, keine europäische Öffentlichkeit und kein Interesse an der europäischen Politik. Dies sei motiviert in Fehlern der Öffentlichkeitsarbeit in den Gründungsjahren, in denen die Bevölkerung „nicht mitgenommen“ worden sei.²⁶ Dieser Vorwurf wird sich in dieser Arbeit sehr gut nachprüfen lassen, da es gerade die Gewerkschaften waren, die die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda für die europäische Einigung erkannten, diese mehrfach diskutierten und über Wege zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit berieten.

Der zweite häufig genannte Kritikpunkt ist, dass die Europäische Union ein Vorhaben von politischen und wirtschaftlichen Eliten sei. Auch hier wird häufig auf die frühen Projekte verwiesen und als Beispiel die Beteiligung von Arbeitgeberverbänden und der Ausschluss der Öffentlichkeit angesprochen.²⁷ Die Gewerkschaften bieten sich hier als gutes Gegenbeispiel an, da sie zum einen zumindest in den Gewerkschaften des IBFG demokratisch organisiert und damit direkter Kontrolle ihrer Mitglieder unterworfen waren und zum anderen, wie darzustellen sein wird, am Einigungsprozess beteiligt waren.

24 Die Spill-over-Effekte, die Ernst B. Haas erstmals beschrieb, bewirkten laut ihm eine immer weiter fortschreitende Übertragung von Souveränitätsrechten auf die europäische Ebene. Siehe dazu auch: Fattmann, Rainer, *Das Europa der Arbeiter. Leitbilder gewerkschaftlicher Europapolitik bis in die Mitte der 1970er Jahre*, (Reihe study der Hans Böckler Stiftung 387), Düsseldorf 2018, S. 207 f. [1998].

25 Die politologische Diskussion zu den Integrationstheorien kann hier maximal periphratisch beleuchtet werden. Siehe dazu etwa die Ausführungen zur Historiographie in 1.6 Forschungsstand und die politologischen Perspektiven der Arbeit in 6.4 Forschungsperspektiven.

26 Gerhards, Jürgen, *Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (2000), Sonderheft 40, S. 277–302 [1623]; oder aktueller: Hans-Jörg Trenz, *Europäische Öffentlichkeit und die verspätete Politisierung der EU*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* (2006), Nr. 1, S. 117–133 [1613]; zur Debatte zusammenfassend auch: Claudio Franzius/Ulrich K. Preuß (Hrsg.), *Europäische Öffentlichkeit*, Baden-Baden 2004 [1353].

27 So etwa ein Leitartikel vom 11.4.2016: Alan Posener, *Elitenprojekt Europa*, in: *Die Welt* vom 11.4.2016 [1564]; oder ein Gastkommentar von Manfred Weber vom 14.6.2019: Manfred Weber, *Europa war nie ein reines Eliteprojekt. Manfred Webers Traum von einem demokratischen Europa*, bezogen von: *Neue Zürcher Zeitung*, bezogen am: 14.6.2021, Link: <https://www.nzz.ch/meinung/traum-vom-demokratischen-europa-ld.1518781> [1565].

Als dritter Kritikpunkt wird häufig die unzureichende Sozialgesetzgebung in der Europäischen Union angeführt. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung heißt es, die EU habe zwar eine weitreichende Ordnungsmacht in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Handel aufgebaut, aber die sozialpolitische Komponente auf europäischer Ebene würde vernachlässigt.²⁸ Auch dies wird meist auf Fehler in der Gründungszeit oder falsche Prioritäten zurückgeführt. Dieser Kritikpunkt wird in der vorliegenden Untersuchung seinen Niederschlag finden, da es gerade arbeitnehmerfreundliche, sozialpolitische Komponenten waren, die DGB und IBFG, auch entsprechend der Interessen ihrer Mitglieder, als Ziele im Verhandlungsprozess einbrachten. Anhand der Reaktionen auf diese Forderungen und der Diskussionen hierzu werden sich neue Tendenzen zur sozialpolitischen Konzeption der frühen europäischen Projekte finden lassen.

1.2 Fragestellungen

Grundsätzlich soll es um die Europapolitik des DGB – einerseits als eigener Akteur, andererseits im Kontext des IBFG und der in ihr angelegten Europäischen Regionalorganisation (ERO) – gehen. Explizit heißt dies, dass neben den Handlungen auch die Ziele und Themen der europapolitischen Anstrengungen des DGB untersucht werden. Die Quellen sollen dabei darauf analysiert werden, welche Forderungen der Gewerkschaftsbund in den Verhandlungen stellte und welche Ziele besonders häufig und besonders nachdrücklich formuliert wurden. Am Ende soll u. a. ein Katalog der Forderungen entstehen, aus dem auch deutlich wird, auf welchen Zielen der Fokus der Gewerkschaft lag. Es soll gefragt werden:

1. Welche Forderungen stellte der Deutsche Gewerkschaftsbund im Verhandlungsverlauf und auf welche Prioritäten weisen die Quellen hin?

Im Umkehrschluss soll jedoch entsprechend der Akteursbetrachtung auch der Handlungsspielraum der Gewerkschafter thematisiert werden, um Möglichkeiten und Grenzen aufzuzeigen. Während die internationale Forschung zeitgenössisch durchaus die Wirkmechanismen der Gewerkschaften würdigte, geriet dieser Blickwinkel mit der Zeit aus dem Fokus.²⁹ Um daher überhaupt angemessen einschätzen zu können, welche Ziele realistisch erreichbar waren und welche Handlungsfelder angesichts welcher Probleme genutzt wurden, sollten diese explizit betrachtet werden.³⁰ Dies soll über eine Betrachtung des Vorgehens, aber auch diskutierter Möglichkeiten und Reaktionen erfolgen. So soll letztlich eine

28 Beispiel dafür wäre etwa der Artikel von Martha Otwinowski: Martha Otwinowski, Europas fehlende Achse Sozialpolitik, bezogen von: Friedrich-Ebert-Stiftung, bezogen am: 27.4.2018, Link: <https://www.fes.de/e/europas-fehlende-achse-sozialpolitik/> [1694].

29 Siehe die Ausführungen zu unterschiedlichen Phasen der geschichtswissenschaftlichen Betrachtung gewerkschaftlicher Europapolitik in der Historiographie in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

30 Ähnliche Überlegungen sind auch zu finden in: Fattmann, Europa 2, S. 245 [998]; Stefan Remeke, Der DGB und das soziale Europa von den Römischen Verträgen bis zu den Pariser Gipfelkonferenzen (1957–1974), in: Jürgen Mittag (Hrsg.), Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration im 20. Jahrhundert, Bochum 2009, S. 141–164, hier S. 151 [1473].

Analyse der Werkzeuge der DGB-Funktionäre im europapolitischen Vorgehen entstehen, die die praktischen Möglichkeiten beschreibt. Daraus ergibt sich als Forschungsfrage:

2. Über welche Einflussmöglichkeiten auf die Verhandlungen verfügten die Gewerkschafter und auf welche Weise nutzten sie diese im Verlauf der Verhandlungen?

Eng im Zusammenhang damit steht auch die ganz persönliche Sicht der handelnden Akteure. Mehrfach wird in der Integrationsforschung die These vertreten, dass die Biographien der Entscheidungsträger der Nachkriegszeit eine große Rolle bei ihrer Anstrengung für die europäische Einigung spielten.³¹ Zudem sollten aus organisationsgeschichtlicher Perspektive DGB und IBFG nie als homogene Akteure, sondern als Produkte eines differenzierten Meinungs- und Identitätsbildungsprozesses dargestellt werden.³² In diesem Sinne sollte aus persönlicher und biographischer Sicht nach dem Europabild und dessen Herkunft gefragt werden:

3. Welches Europabild vertraten die wichtigsten Akteure des DGB während der Vertragsverhandlungen und worin war dieses begründet?

Ein weiterer Fokus der Arbeit bildet das Spannungsverhältnis zwischen für die Öffentlichkeit intendierten Quellen wie Stellungnahmen, Resolutionen, Veröffentlichungen, Pamphleten, Interviews und öffentlichen Berichten einerseits und ausschließlich internen Protokollen, Aktenvermerken, vertraulichen oder nicht öffentlichen Schriftwechseln und internen Besprechungen andererseits. Ganz im Sinne einer modernen internationalen Geschichtsschreibung³³ soll dabei der Gegensatz von öffentlichen und internen Quellen deutlich gemacht und als Forschungsfeld betrachtet werden. Damit soll unter anderem dem Anspruch Rechnung getragen werden, die besondere Stellung des DGB-Vorstands zu seiner Basis und der Bevölkerung und den Widerspruch zwischen ideeller Doktrin und realpolitischer Interessensvertretung abzubilden.³⁴ Es soll daher gefragt werden:

4. Inwiefern unterscheiden sich öffentliche Quellen, wie Stellungnahmen, Memoranden, Veröffentlichungen und Reden der Gewerkschafter von internen Quellen, wie Briefen, Protokollen und Verhandlungspapieren zu den Verträgen?

Schließlich soll auch die Bedeutung der Personen generell in den Vertragsverhandlungen beachtet werden. Zuallererst heißt dies eine Betrachtung der DGB-Vorsitzenden. Im untersuchten Zeitraum von 1949 bis 1958 sind dies mit Hans Böckler (1949–1951), Christian Fette (1951–1952), Walter Freitag (1952–1956) und Willi Richter (1956–1962) vier Gewerkschafter mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen, die entsprechend auch unterschiedliche

31 Gerhard Brunn meinte etwa, dass die Geschichtswissenschaft lange von der „Vision missionarischer aufgeklärter Eliten gesteuert worden sei.“: Gerhard Brunn, *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Bonn 2004, S. 14 [948].

32 Siehe die Ausführungen zu Organisationsgeschichte in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik. Auch Guido Thiemeyer verweist in seinem Überblickswerk darauf, dass „insbesondere die Gründergeneration der EGKS/EWG [...] vergleichsweise gut erforscht“ wäre und verweist vor allem auf biographische Studien: Guido Thiemeyer, *Europäische Integration*, Köln-Weimar-Wien 2010, S. 21 [1244].

33 Siehe dazu die Ausführungen zur internationalen, transnationalen und europäischen Geschichte in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

34 Siehe 1.1 Motivation und Relevanz des Themas.

Schwerpunkte in ihre Arbeit legten. Darüber hinaus sollte der Blick auf weitere relevante Gewerkschafter der Europapolitik erweitert und so etwa die Bedeutung europapolitisch aktiver Gewerkschafter wie Ludwig Rosenberg und Walter Schevenels betrachtet werden. Wie sehr sich mit personellen Veränderungen auch die europapolitische Arbeit des DGB veränderte, ist nicht nur im Kontext der Entwicklung der Europapolitik interessant, sondern bietet zudem auch einen Zugang zu der generellen Frage der Internationalen Geschichte, wie sehr Institutionen, Organisationen und Staaten generell von persönlichen Entscheidungen und Akteuren abhängig sind.³⁵ Daher soll auf die untersuchten Quellen außerdem die Forschungsfrage gerichtet werden:

5. Wie unterschied sich die Europapolitik der Vorsitzenden des DGB von 1949 bis 1958 und welche Auswirkungen hatten generell Personen in den Vertragsverhandlungen im Untersuchungszeitraum?

Diese unterschiedlichen Felder sollen dabei zusätzlich für die Ansätze eines historischen Vergleiches genutzt werden.³⁶ Dafür werden die Erkenntnisse aus der Untersuchung der beiden Vertragsverhandlungen dazu genutzt werden, drei Bereiche vergleichbar aufzuarbeiten:

1. Gewerkschaftliche Forderungen und Prioritäten
2. Einflussmöglichkeiten und Handlungsfelder
3. Erfolge und Selbsteinschätzung

Durch den Vergleich dieser Bereiche sollen die einzelnen Erkenntnisse in einem zeitlich begrenzten Bereich eingeordnet werden, um sie damit in ihrer Bedeutung besser einschätzen zu können. Zudem ermöglicht dieses Vorgehen eine bessere Kontrastierung, die eine Bewertung des Vorgehens erst ermöglicht.³⁷

Die Chance einer so ausführlichen und tiefen Quellenrecherche soll zudem dafür genutzt werden, einzelne Thesen von Historikern zu prüfen. Hinweise zur Stützung oder Widerlegung von geschichtswissenschaftlichen und politologischen Thesen sollen hier im Sinne des Vetorechts der Quellen angewandt werden.³⁸ Auch werden im Kontext der Arbeit diverse Randthemen mithilfe kleinerer Forschungsfragen zu beachten sein, um eine nachvollziehbare Darstellung der Motivationen der Akteure und eine multiperspektivische Erzählung der Entscheidungsprozesse zu erreichen. Diese Forschungsfragen betrachten überschaubare Teilgebiete, die zur Beantwortung der fünf Hauptfragen relevant sind und in Unterkapiteln betrachtet werden:

- Welche Auswirkungen hatten die ideellen, internationalistischen Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung auf die konkrete gewerkschaftliche Europapolitik der 1950er Jahre?³⁹

35 Siehe dazu die Ausführungen zur transnationalen, internationalen und europäischen Geschichte und die methodischen Bemerkungen in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

36 Siehe dazu die Ausführungen zur Methode des historischen Vergleiches in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

37 Siehe dazu die Ausführungen zur Methode des historischen Vergleiches in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

38 Siehe zu Reinhart Kosellecks Theorie des Vetorechts der Quellen auch die methodischen Bemerkungen in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

39 Siehe dazu vor allem 2.1 Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), 2.2 Aufbau des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen.

- Welche Auswirkungen hatten institutioneller Aufbau des DGB in der Nachkriegszeit und multiple Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf die europapolitischen Konzeptionen dieser Organisationen?⁴⁰
- Welche Rolle spielte die weltpolitische und wirtschaftliche Situation für die Stellung von DGB und IBFG in den Verhandlungen?⁴¹
- Welche wirtschaftspolitischen und insbesondere wettbewerbspolitischen Vorstellungen fanden ihren Niederschlag in der gewerkschaftlichen Europapolitik von DGB und IBFG in den Vertragsverhandlungen?⁴²
- Welche Auswirkungen hatten die unterschiedlichen sozialpolitischen Voraussetzungen der teilnehmenden Staaten auf die Vertragsverhandlungen und wie standen DGB und IBFG zu dieser Frage?⁴³
- Wie bewerteten DGB und IBFG die Aussichten der zivilen Nutzung der Atomkraft und welche Auswirkungen hatte dies auf ihre Europapolitik?⁴⁴
- Welche Stellung nahmen DGB und IBFG zur Saarfrage ein und welche Auswirkungen hatte diese auf ihre Europapolitik?⁴⁵
- Welche Wechselwirkungen lassen sich zwischen den Verhandlungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bzw. der sog. ‚Wiederbewaffnungsdebatte‘⁴⁶ und den Schuman-Plan-Verhandlungen ziehen?⁴⁷
- Wie standen DGB und IBFG zum Aufbau der ‚großen Freihandelszone‘ als Alternativprojekt und wie positionierten sie sich zu dessen Realisierung als EFTA?⁴⁸

40 Siehe vor allem 2.2 Aufbau des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, 3.1 Ausgangsbedingungen und Voraussetzungen und 4.1 Ausgangsbedingungen und Voraussetzungen.

41 Siehe vor allem 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen und 4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen.

42 Siehe dazu vor allem die Diskussion der Ruhr- und Kartellfrage in 3.1 Ausgangsbedingungen und Voraussetzungen, die Diskussion zum deutschen Kartellgesetz in 4.1 Ausgangsbedingungen und Voraussetzungen und die entsprechenden Diskussionen im Verhandlungsverlauf in 3.2 Verhandlungen und 4.2 Verhandlungen.

43 Siehe die Ausführungen hierzu in 4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen.

44 Siehe die Ausführungen zur Geschichte der Atomkraft in 4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen, die entsprechenden Diskussionen in 4.2 Verhandlungen und die kritische Betrachtung der Folgen der EURATOM in 4.3 Folgen und Auswirkungen.

45 Siehe vor allem die Ausführungen zur Saarfrage in 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen und in 3.3 Folgen und Auswirkungen.

46 Mit dem Begriff Wiederbewaffnung ist dabei die Einführung von Militär in der Bundesrepublik Deutschland gemeint, dieser ist jedoch historisch und politisch umstritten – vor allem angesichts seiner impliziten Kontinuität von Wehrmacht zu Bundeswehr. Die Umschreibung Wiederbewaffnungsdebatte ist aber Erinnerungsgeschichtlich mit dem Thema eng verbunden. Entsprechend soll der Begriff dennoch genutzt werden. Zur Debatte genauer: Sheldon Aaron Goldberg, *From disarmament to rearmament. The reversal of US policy toward West Germany 1946–1955*, Athens (Ohio) 2017 [1029]; James S. Corum (Hrsg.), *Rearming Germany*, Leiden 2011 [1328]; Matthias Molt, *Von der Wehrmacht zur Bundeswehr. Personelle Kontinuität und Diskontinuität beim Aufbau der deutschen Streitkräfte 1955–1966*, Heidelberg 2009 [1129]. Siehe dazu auch 7.5 Glossar.

47 In Forschung und Publizistik werden die Schreibweisen Schuman-Plan, Schumanplan und Schuman Plan weitgehend synonym verwendet. In dieser Arbeit wird, außer bei direkten Zitaten, bevorzugt die Schreibweise Schuman-Plan genutzt. Siehe die Darstellungen der entsprechenden Vorgänge im letzten Teil des Unterkapitels 3.3 Folgen und Auswirkungen.

48 Siehe die Darstellung der entsprechenden Vorgänge im letzten Teil des Unterkapitels 4.3 Folgen und Auswirkungen.

- Welche Rolle spielten Erfahrungen von Krieg, Verfolgung und Exil der Gewerkschaftsfunktionäre für ihre spätere Europapolitik?⁴⁹
- Welche Netzwerke lassen sich in den untersuchten Quellen ausmachen und welche Rolle spielten diese für die Umsetzung der europapolitischen Ziele von DGB und IBFG?⁵⁰
- Wie gestaltete sich das Verhältnis des DGB zur bundesdeutschen Regierung und zur SPD und wie beeinflusste dieses die gewerkschaftliche Europapolitik in Bezug auf die betrachteten Vertragsverhandlungen?⁵¹
- Wie lassen sich ausgewählte Thesen der geschichtswissenschaftlichen Forschung zur gewerkschaftlichen Europapolitik auf dieser Grundlage bewerten?⁵²

1.3 Eingrenzung und Reduktion

Trotz der Einschränkung auf diese Forschungsfragen bleibt immer noch eine enorme Menge an Quellen, Sichtweisen und Entscheidungen zu bewältigen. Um die genannten Forschungsfragen dennoch angemessen beantworten zu können, sollte auch geklärt werden, wo die Grenzen der Untersuchung liegen und unter welchen Umständen diese Grenzen aufgebrochen werden müssen.

Die erste Eingrenzung ergibt sich aus der Konzentration auf DGB und IBFG. Im Fokus der Ausarbeitung sollen dabei klar diese Dachorganisationen, vor allem deren Vorstand, im Falle des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusätzlich die Hauptabteilung Ausland (später Internationales) und im ERO des IBFG die Handlungen von Walter Schevenels als Generalsekretär, das Office-, bzw. später Exekutiv-Komitee und die ERO-Konferenzen stehen. Die einzelnen Gewerkschaften, vor allem die Industriegewerkschaften, die teilweise selbst europapolitisch aktiv wurden, sollen nur am Rande behandelt werden. Das schließt unter anderem den 21er Ausschuss,⁵³ der vor allem aus den Einzelgewerkschaften der Minen- und Metallbetriebe gebildet wurde, und die Berufssekretariate aus. Angesichts der Fragestellungen sollen diese Einschränkungen lediglich bei der Darstellung der Diskussionen zur Neuordnung der europäischen Vertretung nach Inkrafttreten der EGKS und im Zusammenhang mit dem Aufbau des IBFG kurz behandelt werden. Der Kontakt zur Basis des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss hingegen im Zusammenhang mit der Abwahl

49 Siehe vorwiegend die biographischen Angaben in 3.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen und 4.1 Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen sowie die biographischen Angaben in 7.3 Namensverzeichnis.

50 Basierend auf den in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik beschriebenen Ansätzen sollen Kontakte führender in der Europapolitik aktiver Gewerkschafter während des Verhandlungsverlaufes analysiert werden. Wie dort jedoch bereits beschrieben, kann dies aufgrund begrenzter Quellenbasis und grundsätzlicher methodischer Mängel der Methode nur in begrenztem Umfang erfolgen.

51 Insbesondere soll dabei der Fokus auf das Gleichgewicht zwischen aktiver Regierungseinwirkung und Zusammenarbeit mit der Opposition gelegt werden, um so die Handlungsmöglichkeiten des DGB zu rahmen.

52 Im Fokus werden dabei insbesondere Barings und Niethammers These der reagierenden und außenpolitisch schwachen Gewerkschaften stehen. Siehe dazu die Ausführungen zur Historiographie in 1.6 Forschungsstand und Quellenbestände.

53 Für nähere Informationen zum 21er Ausschuss siehe 7.5 Glossar.

Christian Fettes 1952 und im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit mehrfach angesprochen werden.

Eine Besonderheit der deutschen Geschichte ist zudem die deutsche Teilung, die gerade in dem Untersuchungszeitraum eine große Rolle gespielt hat. Sie vollständig aus der Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) auszuklammern, würde die Narration unverständlich und einseitig erscheinen lassen. Daher wird die deutsche Teilung, die ostdeutsche Sicht und die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts auf die deutsch-deutschen Beziehungen an geeigneter Stelle immer wieder thematisiert werden; sie wird aber nicht im Vordergrund der Arbeit stehen. Einerseits ist dies darin begründet, dass auch der DGB nur vereinzelt Kontakte zu ostdeutschen Gewerkschaften gepflegt hat und gerade in den Gewerkschaften der Ost-West-Konflikt zu klaren Abgrenzungserscheinungen geführt hat,⁵⁴ andererseits ist die europäische Integration der 1950er Jahre zunächst ein westeuropäisches Projekt gewesen, wenn man von den besonderen handelspolitischen Bestimmungen für den deutsch-deutschen Handel absieht.⁵⁵

Eine moderne Geschichte der internationalen Beziehungen lässt sich zudem natürlich nicht aus einer einzelnen nationalen Perspektive erzählen. Daher wird es vor allem auch im Kontext der Verhandlungen zu den Verträgen und den Diskussionen innerhalb des IBFG notwendig sein, die Beweggründe, Sichtweisen und Ziele weiterer Gewerkschaften und Staaten einzubeziehen. Alle europäischen Gewerkschaften und ihre einzelnen Interessen darzustellen, würde jedoch den Fokus der Arbeit verschieben und den Rahmen dieser Studie angesichts der genauen und stark quellenbasierten Betrachtung zweier Verhandlungsrunden bei Weitem sprengen. Die Einbeziehung anderer westeuropäischer Gewerkschaften wird daher begrenzt bleiben und zudem auf die französische und britische Sicht konzentriert sein.⁵⁶ Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Römischen Verträge und der britischen Alternative einer Freihandelszone im Rahmen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) werden diese Sichtweisen eine besondere Rolle spielen.⁵⁷

Als zeitliche Begrenzung der Arbeit wurde einerseits die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Oktober 1949 und andererseits das Inkrafttreten der Römischen Verträge am 1. Januar 1958 gewählt. Auch diese Begrenzung lässt sich jedoch nicht vollstän-

54 Deutlich wird dies etwa daran, dass bei Auseinandersetzungen innerhalb des DGB dem Gegner zur Diffamierung Ostkontakte vorgeworfen wurden. Siehe 3.3 Folgen und Auswirkungen. Auch die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Scheitern des WGB und dessen Trennung entlang ideologischer Linien des Ost-West-Konfliktes zeigt dies klar. Siehe 2.2 Aufbau des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). Siehe dazu auch: Reiner Tosstorff, *Kurze Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Amsterdamer Internationale 1919–1945* (Internationale Gewerkschaftsbewegung 8), Wien 2021 [1247]; Wolfram Elsner, *Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften*, Köln 1974, S. 12 [992].

55 Der Handel der BRD mit der DDR wurde in dem EWG-Vertrag über ein Protokoll zum innerdeutschen Handel wirtschaftlich wie Inlandshandel behandelt. Weitere Informationen dazu: Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001 [1499]; Maximilian Graf, *Die DDR und die EWG 1957–1990*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 51 (2019) Nr. 1, S. 21–35 [1627].

56 Das schließt nicht aus, dass zur Erklärung von Auseinandersetzungen innerhalb des IBFG bzw. ERO nicht auch andere westeuropäische Gewerkschaften und ihre Sicht behandelt werden.

57 Siehe die Ausführungen zu Freihandelszone, EFTA und Hallstein-Plan am Ende des Kapitels 4.3 Folgen und Auswirkungen.

dig einhalten, da etwa zur Erklärung der Ausrichtung des neu gegründeten Gewerkschaftsbundes auch die Vorgeschichte einzubeziehen ist. Mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge endet die Narration dann auch nicht vollständig, da zumindest die Personalfrage in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und die Auslegung des Vertragstextes essentiell für die Beantwortung der Forschungsfragen sind. Parallel begonnene Verhandlungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der sog. Großen Freihandelszone (später EFTA) sollten ebenfalls berücksichtigt werden, auch wenn sie über diesen Zeitraum hinausgehen. Ein kurzer Ausblick schließt sich an den vorrangig betrachteten Zeitraum an, um diese weitere Entwicklung angemessen zu würdigen und in der Beantwortung der Forschungsfragen berücksichtigen zu können.⁵⁸ Der Zeitraum von 1949 bis 1958 bildet jedoch den Fokus der Untersuchung und sollte als Schwerpunkt der Arbeit verstanden werden.⁵⁹

1.4 Aufbau

Dem Prinzip der qualitativ-heuristischen Methodik folgend, beginnt die Studie mit einer Einleitung in das Thema über eine Darstellung der Motivation zur Untersuchung und ihrer Relevanz. Daraufhin werden die Fragestellungen erklärt, die Eingrenzung und Reduktion des Themas legitimiert und der Aufbau der Arbeit begründet dargelegt. Diesem folgen methodische Bemerkungen und die disziplinäre Verortung des Themas in den geschichtswissenschaftlichen Forschungsrichtungen. Schließlich folgt in der Einleitung ein chronologischer Überblick über den Forschungsstand und ein Einblick in die archivaren und bereits veröffentlichten Bestände zu dem Thema. Dabei steht in diesem ersten Punkt der Arbeit die Hinführung und Begründung der Fragestellungen im Vordergrund. Diese bilden das Gerüst für die folgenden vier inhaltlichen Komplexe, die sich in ihrer Einteilung an den Integrationsschritten orientieren.⁶⁰

Zunächst wird dort unter Punkt 2 die Vorgeschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes behandelt, also die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs über die Gründung des DGB am 12. Oktober 1949 bis zum Vortrag der Schuman-Plan-Erklärung am 9. Mai 1950. Besonders beachtet werden sollen dabei einerseits die Gewerkschaftspolitik in den Besatzungszonen⁶¹ bis zur Gründung des DGB, da hier viele Grundlagen für seine späteren internationalen Kontakte gelegt wurden. Andererseits soll das Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes und speziell seiner Hauptabteilung Ausland (später: Internationales) in frühen europapolitischen Initiativen oder zu frühen europäischen Institutionen, behandelt werden. In einem davon getrennten Bereich wird auch die Entstehung des zweiten betrachteten Akteurs, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), beschrieben. Dabei wird einzugehen sein auf die Entstehung des Weltgewerkschaftsbundes nach dem Zweiten Weltkrieg, die ideologischen Konflikte nach der Gründung und schließlich

⁵⁸ Siehe 5. Ausblick und weitere Entwicklung.

⁵⁹ Siehe dazu auch die Ausführungen zu Forschungsperspektiven bei einer Ausweitung des Untersuchungszeitraumes in 6. Schlussteil.

⁶⁰ Siehe 1. Einleitung.

⁶¹ Zur genaueren Begriffserklärung und -abgrenzung siehe auch 7.5 Glossar.

der Austritt der westlich orientierten Gewerkschaften und die Gründung des IBFG am 7. Dezember 1949 und seiner Regionalorganisation, der ERO ein Jahr später. Wenn auch nicht im Vordergrund dieser Arbeit stehend, soll hier auch der Aufbau der parallel existierenden christlichen Gewerkschaftsinternationalen, dem Internationalen Bund christlicher Gewerkschaften (IBCG), thematisiert werden.⁶²

Diesem Punkt 2, der die Motivation und Herkunft der beiden Akteure verständlich machen soll, schließen sich die zwei zentralen Darstellungen der Arbeit unter Punkt 3 und 4 an. Unter Punkt 3 wird dabei der Aufbau der EGKS vom Schuman-Plan bis zur Auslegung der Verträge nach der Ratifizierung behandelt, in Punkt 4 der Aufbau von EWG und EURATOM von den frühen Initiativen über die Messina-Konferenz und das Spaak-Komitee bis hin zur späteren Besetzung der Posten innerhalb der neuen Organisationen. An dieser Stelle wird auch auf den Großteil der unedierte Quellenbestände zurückgegriffen werden. Um die Sachverhalte jedoch angemessen erklären und deuten zu können, wird in diese Bereiche über eine Klärung der Voraussetzungen eingeführt werden. Ihnen wird außerdem ein kurzes Teilkapitel zu Folgen und Auswirkungen der Entscheidungen angeschlossen. Dadurch sollen die Argumentationslinien und Interessen der gewerkschaftlichen Akteure in den jeweiligen Kontext eingebettet werden. So wird mit dem Teilkapitel 3.1 die Basis für ein Verständnis des zentralen Teilkapitels 3.2 gelegt, indem die weltpolitische Situation zu diesem Zeitpunkt, die speziell westeuropäische Wirtschafts- und Handelssituation und die wirtschaftlichen Grundlagen der Verträge klargestellt werden. Außerdem werden die in diesem Kapitel relevanten Wettbewerbs- und Kartellfragen und die hiermit eng zusammenhängende Ruhrproblematik erläutert.⁶³ Eng damit zusammenhängend wird auch der französische Monnet-Plan⁶⁴ behandelt werden, um so die Ursprünge der EGKS genauer zu erklären. Schließlich folgt eine Betrachtung der Saarfrage, die nicht nur die Gewerkschaften besonders bewegte, sondern auch die Ausgangssituation für die deutsch-französische Einigung erschwerte. Zudem sollen einzelne wichtige Persönlichkeiten in ihren Biographien und ihren persönlichen Sichtweisen aufgezeigt werden, um dem Anspruch einer multiperspektivischen und organisationsgeschichtlich angemessenen Darstellung gerecht zu werden. Erst auf dieser Grundlage folgt in Kapitel 3.2 daraufhin chronologisch der Verhandlungsverlauf, die Meinungsbildung in DGB und IBFG, ihre Einwirkung und Beeinflussung der Verhandlungen und schließlich ihre Sicht auf die Ratifizierung der Verträge. Der Fokus liegt dabei auf den kontroversen nationalen wie auch internationalen gewerkschaftlichen Diskussionen zur Europapolitik, auf der gewerkschaftlichen Berichterstattung und auf den Diskussionen in der deutschen Delegation, in der der DGB vertreten war. Diesem wiederum schließt sich das Kapitel 3.3 an, in dem die Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen und deren Einschätzung durch die Gewerkschafter sowie die Folgen der Verträge, insbesondere für die in 3.1 angesprochenen Teilgebiete behandelt werden. Der besonderen Situation im DGB und der Vermischung der Bewertung von EGKS und EVG in den Augen

62 Siehe 2. Thematische Hinführung.

63 Mit der Ruhrfrage oder Ruhrproblematik wird die Frage bezeichnet, wie nach dem Ersten und später nach dem Zweiten Weltkrieg mit der hohen Industriedichte an der Ruhr umzugehen sei. Für eine genauere Begriffserklärung siehe 7.5 Glossar.

64 Der Monnet-Plan war ein französisches Wiederaufbauprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur genaueren Begriffserklärung siehe 7.5 Glossar.

der DGB-Basis bzw. der Auseinandersetzung um die Neuwahl des DGB-Vorstandes im Oktober 1952 ist es geschuldet, dass sich hier außerdem ein Teilkapitel zur EVG bzw. zur sog. Wiederbewaffnung der BRD findet. Auch wenn dieses Projekt nicht im Fokus der Arbeit steht, lässt sich die kommende Europapolitik und auch die nachträgliche Bewertung der Schuman-Plan-Verhandlungen nur durch Verweis auf diese Entwicklung beschreiben. Es folgt schließlich eine Darstellung der Abwahl und Verleumdung zentraler europapolitischer Akteure des DGB im Umfeld des Bundeskongresses 1952.⁶⁵

Unter Punkt 4 findet sich dann das zweite Vertragsprojekt, die sogenannten Römischen Verträge, also die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), sowie die dazugehörigen Abkommen und Zusatzprotokolle. Dieser zweite zentrale Hauptteil wird ebenfalls von einem Teilkapitel zu Voraussetzungen für die Entwicklungen und einem zu Folgen und Auswirkungen eingerahmt, die die Motivation und Sichtweisen der Akteure besser verständlich machen. Im Falle der Römischen Verträge bezieht sich das Teilkapitel 4.1 zu den Voraussetzungen zunächst erneut auf die weltpolitische Situation. Daraufhin werden die gescheiterten europäischen Projekte zwischen den Untersuchungszeiträumen näher betrachtet. In einem gesonderten Teilkapitel werden hier auch die wirtschaftlichen, handelspolitischen und sozialpolitischen Voraussetzungen thematisiert, die in den Verhandlungen eine besondere Bedeutung erhalten. Um die gewerkschaftlichen Akteure DGB und IBFG angemessen betrachten zu können, sollen zudem Weiterentwicklungen in diesen Organisationen gesondert beachtet werden. Außerdem sollen die beiden inhaltlichen Bereiche der Atomenergie bzw. Atomforschung zu dieser Zeit und der europäische Stand der Kartell- und Wettbewerbspolitik auch substantiell unterfüttert werden. Dies wird gerade angesichts der vielfältigen und detailreichen Diskussionen zu den Gemeinschaften besonders wichtig werden. In Teilkapitel 4.1.8 wird dann auch erneut auf zentrale Persönlichkeiten der Entwicklung verwiesen werden, wobei nun die DGB-Vorsitzenden Walter Freitag und Willi Richter und der ERO-Vorsitzende Walter Schevenels im Fokus stehen. Im Kapitel 4.2 werden dann die Verhandlungsrunden differenziert auf die gewerkschaftliche Beeinflussung und die europapolitische Sicht der Gewerkschaften hin untersucht. Dieser Teil zieht sich chronologisch von der Vorgeschichte von Messina, über die Messina-Konferenz, die Arbeiten des Spaak-Ausschusses und die Regierungsverhandlungen bis hin zu der Unterschrift, den Ratifizierungen und schließlich der Umsetzung der Verträge. Entsprechend der veränderten Handlungsfelder der Gewerkschaften liegt der Fokus hier einerseits eher auf der europäischen Ebene der Gewerkschaftsarbeit im ERO und andererseits eher auf öffentlichen Debatten und gewerkschaftlichen Stellungnahmen. Daraufhin wird unter Kapitel 4.3 dargestellt, welche Folgen die Europapolitik und konkret der Aufbau der Institutionen hatte. Zunächst wird dafür wieder die direkte Folgezeit, insbesondere die Besetzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, und die Umsetzung der Verträge in den Blick genommen, um so Bedeutung und Auslegung besser nachvollziehen zu können. Dies wird zusätzlich durch ein Teilkapitel zur volkswirtschaftlichen und legislativen Bewertung der Verträge gerahmt. Diesem Teil folgt eine äußere Bewertung der Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und eine Darstellung des selbstkritischen Rückblicks der Gewerkschafter. Darüber hinaus soll mit

65 Siehe 3. Deutscher Gewerkschaftsbund und Internationaler Bund Freier Gewerkschaften und die Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Blick auf die Pläne zu einer Freihandelszone im Rahmen der OEEC, die teilweise vor allem von der britischen Regierung als Alternative zum Gemeinsamen Markt aufgebaut wurden, ein gesonderter Bereich betrachtet werden. Hier wird die parallele Diskussion zu einer beschleunigten Einführung des Gemeinsamen Marktes (Hallstein-Plan) und die Umgestaltung der Gespräche zur späteren Europäischen Freihandelszone (EFTA) aufgezeigt werden. Der spezielle Arbeitskreis bzw. Ausschuss „Gemeinsamer Markt“ innerhalb des DGB wird ebenfalls in seiner Entwicklung zu beleuchten sein.⁶⁶

Diesen beiden zentralen Hauptteilen der Arbeit schließt sich ein kurzer Ausblick zur weiteren Entwicklung an, in dem auf die weitere europapolitische Ausrichtung, nun auch insbesondere die institutionell-organisatorische Weiterentwicklung der europäischen Gewerkschaftsbewegung, eingegangen wird. Auch wenn diese keinen direkten Bezug zur Position und zu den Zielen des DGB in EGKS und Römischen Verträgen haben, sind sie doch wichtig, um die Entwicklung in langer Sicht angemessen beurteilen zu können. Dieser Teil verfolgt dabei jedoch bei weitem nicht den Anspruch einer tiefen, analytischen Darstellung der gewerkschaftlichen Europapolitik nach 1958, sondern soll lediglich als Anhaltspunkt für die kommenden Überlegungen und Interpretationen dienen.⁶⁷

Entsprechend des methodischen Vorgehens⁶⁸ werden daraufhin in Kapitel 6 die Fragestellungen der Einleitung wieder aufgegriffen. Zur Verdeutlichung des dargestellten Ablaufes wird dazu in Teilkapitel 6.1 ein klassischer historischer Vergleich die beiden Untersuchungszeiträume kontrastieren. Im folgenden Kapitel werden auf Grundlage der Gesamtdarstellung und den Erkenntnissen aus dem Vergleich Erklärungen und Überlegungen ausgebreitet werden, die die gewerkschaftliche Europapolitik in dem Zeitraum umfassend analysieren, interpretieren und im größeren Kontext einordnen. Die hier aufgestellten Thesen und Erkenntnisse werden daraufhin in einem eigenen Unterkapitel mit gängigen wissenschaftlichen Thesen kontrastiert werden.⁶⁹ Um die vertiefte Diskussion der gewerkschaftlichen Europapolitik für kommende Forscher leichter zugänglich zu machen und offene Fragen transparent aufzuzeigen, wird sich ein kurzer Blick auf Forschungsperspektiven und mögliche Folgeforschungen anschließen. Letztlich bildet eine kurze Conclusio der zentralen Ergebnisse den Abschluss der Arbeit. Zur leichteren Überprüfbarkeit und als Recherchehilfe schließen sich der Forschungsarbeit daraufhin neben dem Darstellungs- und Quellenverzeichnis auch ein Namens- und Abkürzungsverzeichnis und ein Glossar relevanter Begriffe an.⁷⁰

66 Siehe 4. Deutscher Gewerkschaftsbund und Internationaler Bund Freier Gewerkschaften und die Verhandlungen zu den Römischen Verträgen.

67 Siehe 5. Ausblick und weitere Entwicklung.

68 Siehe die methodischen Bemerkungen in 1.5 Disziplinäre Verortung und Methodik.

69 Siehe 6. Schlussteil.

70 Siehe 7. Verzeichnisse.